

## Verordnung-Gemeindeerlass über die Ausrichtung von Gemeindeleistungen zur Alters-, Hinterlassenen-, und Invalidenbeihilfe - vom ...

Version 1. Februar 2006	Version neu	Erläuterungen
<b>A. Grundsatz</b> <b>Art. 1</b> 1 Die Stadt Adliswil richtet zu den Ergänzungsleistungen und den kantonalen Beihilfen, die aufgrund der übergeordneten Gesetze* bezogen werden, nach Massgabe dieser Verordnung Gemeindeleistungen aus. *Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) vom 19.3.1965, kantonalzürcherisches Gesetz über die Zusatzleistungen zur eidg. Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 7.2.1971. 2 Die Gemeindeleistungen beinhalten den Gemeindegzuschuss die Mietzinszulage und den Pflegekostenzuschuss. 3 Die in Art. 1 erwähnten Gesetze und ihre Ausführungserlasse finden für die Ermittlung der Gemeindeleistungen sinngemäss Anwendung, sofern diese Verordnung nichts anderes vorschreibt.	<b>A. Grundsatz</b> <b>Art. 1</b> 1 Die Stadt Adliswil richtet zu den Ergänzungsleistungen und den kantonalen Beihilfen, die aufgrund der übergeordneten Gesetze* bezogen werden, nach Massgabe dieses <del>sr-Verordnung-Erlasses</del> Gemeindeleistungen aus. *Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) vom <del>19.3.1965</del> 6. Oktober 2006, kantonalzürcherisches Gesetz über die Zusatzleistungen zur eidg.-enössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ZLG) vom 7.2. Februar 1971. 2 Die Gemeindeleistungen beinhalten den Gemeindegzuschuss und die Mietzinszulage. <del>und den Pflegekostenzuschuss.</del> 3 Die in Art. 1 Ziff. 1 erwähnten Gesetze und ihre Ausführungserlasse finden für die Ermittlung der Gemeindeleistungen sinngemäss Anwendung, sofern <del>diese Verordnung</del> vorliegender Erlass nichts anderes vorschreibt.	2 Pflegekostenzuschüsse der Gemeinden sind aufgrund der Aufhebung der maximalen Obergrenze der Zusatzleistungen per 01.01.2008 nicht mehr notwendig.
<b>B. Organisation / Rechtsmittel</b> <b>Art. 2</b> Mit dem Vollzug dieser Verordnung wird die Abteilung Soziales als Zusatzleistungs-Durchführungsstelle betraut. <b>Art. 3</b> Gegen Entscheide betreffend die Gemeindeleistungen kann innert 30 Tagen bei der verfügenden Stelle	<b>B. Organisation / Rechtsmittel</b> <b>Art. 2</b> Mit dem Vollzug dieses <del>rs-Verordnung-Erlasses</del> wird die Abteilung <del>Soziales Aufgaben</del> als Zusatzleistungs-Durchführungsstelle <del>der Stadt Adliswil</del> betraut. <b>Art. 3</b> Gegen Entscheide betreffend die Gemeindeleistungen kann innert 30 Tagen bei der verfügenden Stelle	

<p>schriftlich oder anlässlich einer persönlichen Vorsprache mündlich Einsprache erhoben werden. Gegen deren Entscheid kann innerhalb der gleichen Frist an den Stadtrat rekuriert werden.</p>	<p>schriftlich oder anlässlich einer persönlichen Vorsprache mündlich Einsprache erhoben werden. Gegen deren Entscheid kann innerhalb der gleichen Frist <b>eine Beschwerde</b> an den Stadtrat <b>rekuriert</b> <b>gerichtet</b> werden. <b>Einsprachen bzw. Beschwerden sind zu begründen.</b></p>	
<p><b>C. Gemeindegusschuss</b></p> <p><b>Art. 4</b></p> <p>Die Bezugsberechtigung liegt vor, wenn</p> <p>a) die Voraussetzungen zum Bezuge der kantonalen Alters-, Hinterlassenen- oder Invalidenbeihilfe erfüllt sind</p> <p>b) die Gesuchsteller in Adliswil ununterbrochen seit mindestens fünf Jahren zivilrechtlichen Wohnsitz haben</p> <p>c) die vom Bund festgesetzte Vermögensfreigrenze ohne Berücksichtigung des Liegenschaftsfreibetrages am 1.1. des laufenden Jahres nicht überschritten wird</p> <p>d) bei selbständig Wohnenden das anrechenbare jährliche Einkommen niedriger ist, als die um den Wert des maximalen Gemeindegusschusses erweiterten Einkommengrenzen für kantonale Beihilfen</p> <p>e) selbständig wohnende Gesuchsteller zwar keine Zusatzleistung erhalten, ihr anrechenbares Einkommen die Einkommengrenzen gemäss Art. 4c aber nicht erreicht</p>	<p><b>C. Gemeindegusschuss</b></p> <p><b>Art. 4</b></p> <p>Die Bezugsberechtigung liegt <b>unter Vorbehalt von Art. 10<sup>bis</sup> dieses Erlasses</b> vor, wenn</p> <p>a) die Voraussetzungen zum Bezuge der kantonalen Alters-, Hinterlassenen- oder Invalidenbeihilfe erfüllt sind</p> <p>b) die <b>Gesuchstellernden in-ununterbrochen</b> seit mindestens fünf Jahren zivilrechtlichen Wohnsitz <b>in Adliswil</b> haben</p> <p>c) die vom Bund festgesetzten <b>Vermögensfreigrenze Freibeträge gemäss Art. 11 Abs. 1 lit. c ELG ohne Berücksichtigung des Liegenschaftsfreibetrages am 1.1. des laufenden Jahres</b> nicht überschritten werden <b>wird</b>. Freibeträge für Liegenschaften gemäss Art. 11 Abs. 1 lit. c und Abs. 1<sup>bis</sup> ELG werden bei der Berechnung nicht berücksichtigt.</p> <p>d) die <b>Gesuchsstellenden selbständig wohnen (Mietwohnung, Stockwerkeigentum oder eigene Liegenschaft)</b>  <del>bei selbständig Wohnenden das anrechenbare jährliche Einkommen niedriger ist, als die um den Wert des maximalen Gemeindegusschusses erweiterten Einkommengrenzen für kantonale Beihilfen</del></p> <p>e) <del>aufgehoben selbständig wohnende Gesuchsteller zwar keine Zusatzleistung erhalten, ihr anrechenbares Einkommen die Einkommengrenzen gemäss Art. 4c aber nicht erreicht</del></p>	<p>c) Keine Änderung – Präzisierung der Formulierung.</p> <p>d) Inhaltlich keine Änderung – der Passus erübrigt sich aufgrund der Formulierung von Art. 5 Ziff. 3</p> <p>e) Personen mit sehr tiefen Einnahmen ohne Anspruch auf Zusatzleistungen erhalten heute so die Möglichkeit, Gemeindegusschüsse zu erhalten. Aufgrund der Anhebung der Vermögensfrei-</p>

f) bei Daueraufenthalt in Heimen und Heilanstalten das um die Zusatzleistung vermehrte anrechenbare Einkommen zur Deckung der Aufenthalts- und Pflegekosten nicht ausreicht

#### Art. 5

- 1 Der jährliche Gemeindegeldzuschuss beträgt vorbehaltlich von Art. 6 höchstens
- Fr. 1'560.-- für Alleinstehende und für minderjährige Bezüger einer IV-Rente
  - Fr. 2'340.-- für Ehepaare
  - Fr. 780.-- für Waisen

- 2 Der Gemeindegeldzuschuss entspricht
- bei selbständig Wohnenden der Differenz zwischen der massgebenden Einkommensgrenze gemäss Art. 4 c und dem anrechenbaren Einkommen zuzüglich Zusatzleistung bis zu seinem Maximum.
  - bei Daueraufenthalt in Heimen und Heilanstalten der Differenz zwischen den anrechenbaren Aufenthalts-/Pflegekosten und dem gesamten Einkommen zuzüglich Zusatzleistungen, bis zum Höchstbetrag des Gemeindegeldzuschusses.

~~f)-aufgehoben bei Daueraufenthalt in Heimen und Heilanstalten das um die Zusatzleistung vermehrte anrechenbare Einkommen zur Deckung der Aufenthalts- und Pflegekosten nicht ausreicht~~

#### Art. 5

- 1 Der jährliche Gemeindegeldzuschuss beträgt vorbehaltlich von Art. 6 ~~höchstens maximal~~
- ~~Fr. CHF~~ 1'560.00 für Alleinstehende ~~und für minderjährige Bezüger einer IV-Rente~~
  - ~~Fr. CHF~~ 2'340.00 für Ehepaare
  - ~~Fr. CHF~~ 780.00 für ~~Waisen~~ Kinder

~~2 aufgehoben~~

~~3 Der Berechnung der Gemeindegeldleistungen wird die Bedarfsrechnung unter Einberechnung der jährlichen Ergänzungsleistungen sowie der kantonalen Beihilfe zugrunde gelegt. Besteht aufgrund der Bedarfsrechnung weder Anspruch auf Ergänzungsleistungen~~

beträge bei Zusatzleistungen per 01.01.2011 (Einzelpersonen von CHF 25'000.00 auf 37'500.00 und Ehepaare von CHF 40'000.00 auf 60'000.00) erübrigt sich lit. e.

f) Aufgrund der Aufhebung der maximalen Obergrenze für Zusatzleistungen per 01.01.2008 erübrigt sich lit. f.

#### Art. 5

- 1 Keine Änderung - Präzisierung der Formulierung: Bezüger von AHV- oder IV Renten erhalten Kinderrenten für Kinder, bis sie 18-jährig sind, in Ausbildung längstens bis zum 25. Altersjahr. Minderjährige Bezüger von IV Renten gibt es jedoch nicht. Kinder erhalten (wie Waisen) CHF 780.00/Jahr.
- 2 Diese Präzisierung erübrigt aufgrund der Aufhebung der maximalen Obergrenze der Zusatzleistungen per 01.01.2008

3 Das Vorgehen ist dasselbe wie zuvor unter Art. 4 lit. d) aufgeführt und dient der Vermeidung von Schwelleneffekten.  
Beispiel: (alleinstehende Person)

<p><b>Art. 6</b> Der Stadtrat ist ermächtigt, den Gemeindegewinn und die Mietzinszulage periodisch der Teuerung anzupassen.</p>	<p>noch auf kantonale Beihilfe, werden die anerkannten Ausgaben um den Betrag des Gemeindegewinns erhöht. Die Differenz zwischen den anerkannten Ausgaben und den anrechenbaren Einnahmen entspricht dem jährlichen Gemeindegewinn.</p> <p><b>Art. 6</b> Der Stadtrat ist ermächtigt, den Gemeindegewinn und die Mietzinszulage periodisch der Teuerung anzupassen.</p>	<p>Die Bedarfsrechnung ergibt Einnahmen von CHF 51'000.00 und Ausgaben von CHF 50'000.00. Da die Einnahmen höher sind als die Ausgaben, hat diese Person keinen Anspruch auf Ergänzungsleistungen und kantonale Beihilfe. Die Erweiterung der Ausgaben durch den Gemeindegewinn von CHF 1'560.00 ergibt anerkannte Ausgaben von CHF 51'560.00. Der Gemeindegewinn beträgt demnach CHF 560.00.</p>
<p><b>D. Mietzinszulage</b></p> <p><b>Art. 7</b> Mietzinszulagen werden ausgerichtet, wenn die Voraussetzungen zum Bezug des Gemeindegewinns erfüllt sind. Die Mietzinszulage entspricht der Differenz zwischen der effektiven jährlichen Bruttomiete und dem maximalen, nach den Vorschriften des Bundes zugelassenen Mietzinsabzug*. Die Mietzinszulage beträgt jährlich höchstens Fr. 1'200.- für Alleinstehende und Fr. 1'800.- für Ehepaare. *Einzelperson Fr. 13'200.-, Ehepaare Fr. 15'000.-</p>	<p><b>D. Mietzinszulage</b></p> <p><b>Art. 7</b> Mietzinszulagen werden ausgerichtet, wenn die Voraussetzungen zum Bezug des Gemeindegewinns erfüllt sind. Die Mietzinszulage entspricht der Differenz zwischen der effektiven <del>jährlichen</del> Bruttomiete/Jahr und dem maximalen, <del>nach den Vorschriften des Bundes zugelassenen Mietzinsabzug*</del> anrechenbaren Mietzins/Jahr gemäss Art. 10 Abs. 1 lit. b ELG. Die <del>jährliche</del> Mietzinszulage beträgt <del>jährlich</del> vorbehältlich Art. 6 <del>höchstens maximal</del> - Fr. CHF 1'200.00 für Alleinstehende - Fr. CHF 1'800.00 für Ehepaare / <del>*Einzelperson Fr. 13'200.-, Ehepaare Fr. 15'000.-</del></p>	<p>Streichung des Hinweises auf aktuelle Beträge gem. Vorschriften des Bundes, da diese ändern können und bei einer Gesetzesänderung gem. Art. 10 Abs. 1 lit. b ELG die Anpassungen ohnehin erfolgen.</p>
<p><b>E. Pflegekostenzuschüsse</b></p> <p><b>Art. 8</b> Anspruchsberechtigt sind Personen, welche die Voraussetzungen zum Bezug des</p>	<p><b>E. Pflegekostenzuschüsse</b></p> <p><b>Art. 8</b> <del>aufgehoben</del></p>	<p>E. Pflegekostenzuschüsse der Gemeinden sind aufgrund der Aufhebung der maximalen Obergrenze der Zusatzleistungen per 01.01.2008 nicht mehr</p>



	<p>Personen, die mit anderen Personen im gleichen Haushalt leben und die weder in der gleichen Berechnung der Zusatzleistungen zur AHV/IV einbezogen sind noch Anspruch auf eine Kinder-, bzw. Waisenrente zur AHV/IV begründen.</p> <p>2 Die Gemeindeleistungen können verweigert oder gekürzt werden, wenn sie nicht oder nur teilweise für den Lebensunterhalt benötigt werden oder die Zahlung der Gemeindeleistungen zu einem stossenden Ergebnis führen würde.</p> <p><b>Art. 10<sup>ter</sup></b> Auf eine Anwendung von Art. 10<sup>bis</sup> Ziff. 1 kann verzichtet werden, wenn die pauschale Anwendung zu einem stossenden Ergebnis führen würde.</p> <p><b>Art. 10<sup>quater</sup></b> Der Stadtrat legt die Kompetenzen für Entscheide gemäss Art. 10<sup>bis</sup> Ziff. 2 und 10<sup>ter</sup> fest.</p>	<p>Art. 10<sup>bis</sup> Ziff. 2 Möglichkeit der Verweigerung in sehr seltenen Fällen, z.B. wenn die Wohnungsmiete von einer andern Person übernommen wird, diese jedoch aufgrund der gesetzlichen Vorgaben trotzdem in der Berechnung der Zusatzleistungen als Ausgabe anzurechnen ist.</p> <p>Art. 10<sup>ter</sup> Möglichkeit der Ausnahme für seltene Fälle, z.B. wenn hohe Krankheitskosten selbst getragen werden müssen.</p>
	<p><b>G. Rückerstattungspflicht</b></p> <p><b>Art. 10<sup>quinquies</sup></b> Rechtmässig bezogene Gemeindeleistungen sind analog § 19 Zusatzleistungsgesetz zurückzuerstatten.</p> <p><b>Art. 10<sup>sexies</sup></b> Für die Rückerstattung von unrechtmässig bezogenen Gemeindegzuschüssen sowie für die Verrechnung mit fälligen Leistungen auf Grund anderer Sozialversicherungsgesetze werden die für die Ergänzungsleistungen geltenden Bestimmungen des Bundes sinngemäss angewendet.</p>	<p>Gemäss bisheriger Regelung welche in der Verordnung jedoch nicht erwähnt war.</p>

<p><b>F. Weitere Bestimmungen</b></p> <p><b>Art. 11</b> Die Gemeindeleistungen werden zusammen mit der Zusatzleistung jeweils am Monatsanfang ausgerichtet.</p> <p><b>Art. 12</b> Der Anspruch auf Gemeindeleistungen erlischt mit der Wohnsitzverlegung.</p>	<p><b>F. H. Weitere Bestimmungen</b></p> <p><b>Art. 11</b> Die Gemeindeleistungen werden zusammen mit <del>der</del> den Zusatzleistungen <u>zur AHV/IV</u> jeweils am Monatsanfang ausgerichtet. <u>Im Übrigen richtet sich die Auszahlung nach den Bestimmungen des Zusatzleistungsgesetzes (ZLG).</u></p> <p><b>Art. 12</b> Der Anspruch auf Gemeindeleistungen erlischt mit der <u>Aufgabe des Wohnsitzes in der Stadt Adliswil</u> <u>Wohnsitzverlegung.</u></p>	
<p><b>G. Schlussbestimmung</b></p> <p><b>Art. 13</b> Diese Verordnung tritt auf den 1. April 2006 in Kraft. Sie ersetzt diejenige vom 4.12.2002.</p> <p>Gemeinderat Adliswil</p>	<p><b><del>G.</del> I. Schlussbestimmung</b></p> <p><b>Art. 13</b> Dieser <del>Verordnung</del> <u>Gemeindeerlass</u> tritt auf den <u>(Datum Inkrafttreten)</u> in Kraft. Sie ersetzt diejenige vom <u>4.12.2002</u> <u>1. Februar 2006.</u></p> <p><u>Grosser</u> Gemeinderat Adliswil</p>	